

**FRAGE DER WOCHE**

# Soll der Staat Wohlstandsverluste ausgleichen?

Mit einem milliardenschweren Hilfspaket versucht die Bundesregierung, die Auswirkungen der Preisexplosion für die Bevölkerung abzufedern. Die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der Maßnahmen ist allerdings umstritten.

**Ja** **Nein**

**Nein:** Hannes Androsch meint, dass Zahlungen nach dem Gießkannenprinzip dauerhafte Preiserhöhungen nicht ausgleichen könnten.



**Zur Person**

**Hannes Androsch** war von 1970 bis 1981 Finanzminister und Vizekanzler (SPÖ). Der 1938 in Wien geborene Steuerberater und Industrielle ist Miteigentümer mehrerer Firmen, u. a. bei AT&S, der Salinen AG und den Vivamayr Gesundheitszentren.

Die Anhäufung von Umbrüchen, Schocks und Krisen, von geopolitischen Verwerfungen, die Auswirkungen der mehr als holprigen Energiewende sowie Sanktionen, Embargos und zerrissene Lieferketten haben eine Preisexplosion vor allem der Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel ausgelöst. Diese Belastungen werden uns länger begleiten, als uns lieb ist. Es stehen uns daher keine rosigen Zeiten bevor, wir werden magere Jahre meistern müssen, aber auch überwinden können.

Aus jahrzehntelangem preisdrückendem Käufermarkt ist ein angebotsknapper Verkäufermarkt geworden. Dies trifft demografisch bedingt zunehmend auch auf den Arbeitsmarkt zu, die Personalnot spiegelt dies wider. Überwiegend kommt die Teuerung aus dem Ausland, also eine importierte Inflation. Eine solche wirkt wie eine Steuererhöhung, deren Einnahmen allerdings in andere Länder fließt. Die Folge ist ein Kaufkraftverlust und bedeutet Wohlstandseinbuße.

Eine solche kann nicht abgegolten werden. Dies zu versuchen bedeutet nichts anderes, als die Rechnung und deren Bezahlung hinauszuschieben. Einmalzahlungen nach dem Gießkannenprinzip können dauerhafte Preiserhöhungen nicht ausgleichen. Schmerzmittel können Heilmittel nicht ersetzen.

Den eintretenden Wohlstandsverlust kann man nur

mildern, aufholen und wettmachen durch einsparende, effizienzverbessernde, produktivitätssteigernde und innovationsbeschleunigende Maßnahmen sowie die dazugehörigen Investitionen, verbunden mit einer digitalen Aufholjagd und einer zeitgemäßen Bildung und Ausbildung sowie genügend Mittel für Forschung, Technologieentwicklung und deren Umsetzung.

Dies erfordert eine Gesamtkonzeption und eine konzentrierte Aktion unter Einbeziehung aller Entscheidungsträger, insbesondere der Sozialpartner. Es liegt im gemeinsamen Interesse, eine Verstärkung und Beschleunigung der Inflation durch Zweitrundeeffekte zu vermeiden, und dies ohne Beeinträchtigung der berechtigten Arbeitnehmerinteressen.

Dies verlangt eine deutliche Senkung der wettbewerbsbeeinträchtigten Rekordarbeitskosten und damit auch mehr Netto vom Brutto.

Die großspurigen Ankündigungen, sofern sie verwirklicht werden sollten, erfüllen diesen Anspruch in keiner Weise. Experten meinen dazu: „Zu viel Gießkanne“ und „Zukunft fehlt“. Es gilt daher das eine zu vermeiden und sich im Interesse einer baldigen Gesamtlösung strukturverbessernd der Zukunft zu widmen. Jedenfalls müssen wir den Gürtel enger schnallen, die Ärmel aufkrempeln und gemeinsam zupacken.